

Nicolette Kressl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion



Willi Brase

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berichterstatter für berufliche Bildung der Arbeitsgruppe für Bildung und Forschung

An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, den 21.06.2007

Koalitionsantrag "Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern"

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der Ausbildungsmarkt entwickelt sich vor allem auf der Angebotsseite erfreulich. Im vergangenen Jahr lag die Zahl der Ausbildungsplätze mit über 576.000 (plus 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr) so hoch wie seit 2001 nicht mehr. In diesem Jahr könnten es laut Berufsbildungsbericht 2007 über 600.000 Ausbildungsplätze werden.

Diese positive Entwicklung ist nicht nur auf die gute Konjunktur zurückzuführen. Sie ist auch ein Ergebnis unserer sozialdemokratischen Ausbildungspolitik der letzten Jahre. Der von der SPD-Bundestagsfraktion vor drei Jahren maßgeblich mit auf den Weg gebrachte Ausbildungspakt greift. Der Pakt hat zu einer neuen Dynamik in der Kooperation und zur Erhöhung des Engagements aller Verantwortlichen beigetragen und die Angebotsseite am Lehrstellenmarkt erkennbar gestärkt. Darauf können wir zu Recht stolz sein.

Mit der im März 2007 erfolgten Weiterentwicklung und Verlängerung des Ausbildungspaktes bis 2010 ist eine gute Grundlage geschaffen worden, um diese positive Entwicklung in den kommenden Jahren zu verstetigen. Mit der Verdopplung der Zahl der von der Wirtschaft jährlich einzuwerbenden neuen Ausbildungsplätze auf 60.000, der Aufstockung des Sonderprogramms zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) auf 40.000 und der Einbeziehung des Bundesverbandes der Freien Berufe als Paktpartner hat der Ausbildungspakt künftig ein noch größeres Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Qualifizierungs- und Arbeitsmarktchancen der jungen Generation zu leisten.

Auf der anderen Seite zeigt die Bilanz nach drei Jahren Ausbildungspakt allerdings auch, dass der Pakt alleine nicht alle Probleme am Ausbildungsstellenmarkt lösen kann. Insbesondere der in den letzten Jahren gestiegene Anteil an Altbewerberinnen und Altbewerbern bereitet uns Sorgen. Allein im vergangenen Jahr gab es unter den Ausbildungssuchenden über 300.000 Altbewerber. Dies entspricht einer Quote von 40 Prozent. Viele davon waren am Jahresende erneut nicht in eine duale Ausbildung eingemündet. Je länger aber ein/e Jugendliche/r erfolglos als Altbewerber auf Ausbildungssuche ist, desto geringer fallen die Erfolgschancen aus. Ein bestimmter Anteil

fällt nach einer gewissen Zeit komplett aus dem dualen Berufsbildungssystem heraus, ohne einen Abschluss erworben zu haben. Mit Blick auf die kommenden Jahre führt der hohe Altbewerberanteil dazu, dass trotz sinkender Schulabgängerzahlen die Nachfrage am Ausbildungsmarkt auf hohem Niveau verbleiben wird.

Aus diesen Gründen haben wir uns in den letzten Monaten Gedanken darüber gemacht, was wir tun können, um den Ausbildungspakt durch zusätzliche Maßnahmen für Altbewerber/innen und benachteiligte Jugendliche zu flankieren, um insbesondere den jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf noch besser unter die Arme zu greifen und erfolgversprechende Zukunftsperspektiven anzubieten. Mit dem Koalitionsantrag "Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern", den wir heute im Plenum des Deutschen Bundestages beraten haben, schnüren wir ein Paket für die berufliche Qualifizierung junger Menschen. Der Antrag bündelt Maßnahmen, Programme und Initiativen, die wir entweder kürzlich beschlossen haben oder in Kürze auf den Weg bringen wollen. Dabei setzen wir vor allem auch auf Maßnahmen, die zusätzliche betriebliche Ausbildungs- und Qualifizierungspotenziale für Altbewerber und benachteiligte Jugendliche erschließen sollen. So sollen etwa schwer vermittelbare Jugendliche, die bereits mindestens einem Jahr vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, durch Eingliederungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit (BA) in betriebliche Ausbildung gebracht werden können. Außerdem setzen wir uns gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Franz Müntefering unter anderem dafür ein, überdurchschnittliches Ausbildungsverhalten von Betrieben durch eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung zu honorieren.

Wie in der Fraktionssitzung am Dienstag angekündigt senden wir Euch anbei zu Eurer Information und Arbeitserleichterung neben dem Antragstext eine Übersicht der zentralen Inhalte des Antrages, die aktuelle Pressemitteilung der Fraktion und eine Musterpresseerklärung für Eure Wahlkreisarbeit. Wir möchten Euch herzlich bitten, die Initiative in Euren Wahlkreisen aktiv zu kommunizieren.

Die Sicherung des dualen System der Berufsbildung und die Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind und bleiben zentrale Anliegen sozialdemokratischer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und wesentliche Elemente des spezifischen Kompetenzprofils der SPD-Bundestagsfraktion. Mit unserem aktuellen Antrag stärken wir dieses Profil zusätzlich. Er trägt eindeutig die Handschrift der SPD und verdeutlicht, dass wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, das Ziel zu erreichen, alle ausbildungswilligen jungen Menschen in Ausbildung zu bringen. An diesem Ziel arbeiten wir auch in der Großen Koalition aktiv und konstruktiv weiter. Dieses Engagement für die jungen Menschen sollten wir auch öffentlich immer wieder deutlich machen.

Mit freundlichen Grüßen

Micelette June

Nicolette Kressl, MdB